

19.03.2012

## **Gespräch der Gewerkschaft BTBkomba mit der SPD Fraktion am 13.03.2012**

Im Hinblick auf die anstehenden Beratungen der Haushaltsstrukturkommission zitierte Thomas Maier von der Fachgruppe Gebäude, Wasser, Straßen (GWS) aus der Koalitionsvereinbarung der grün roten Landesregierung: Dort steht auf Seite 28: „Wir werden schnellstmöglich prüfen, ob durch die Einführung eines „Landesbetriebes Straßen“ die Bewirtschaftung der Bundes- und Landesstraßen wirtschaftlicher gestaltet werden kann als bisher“.

Im Zusammenhang der Evaluierung der Verwaltungsreform im Jahre 2007 hatte sich auch der Bund der Technischen Beamten in Baden – Württemberg (BTB) und im Speziellen die Fachgruppe Straßenbau der Gewerkschaft BTBkomba hinsichtlich der Evaluation der Straßenbauverwaltung in einem eigenen Papier positioniert.

Grundsätzlich wurde festgehalten, dass sich seit der Verwaltungsreform die tägliche Arbeit unzweifelhaft schwieriger gestaltet. Grund hierfür seien die Schnittstellenprobleme, die zwischen den Regierungspräsidien und den Landkreisen aufgetreten sind. Der Einheit für Planung, Bau und Betrieb aller klassifizierten Straßen stehe nunmehr die Trennung zwischen Bundesfernstraßen und Landesstraßen einerseits sowie der Kreisstraßen auf der anderen Seite gegenüber, wobei die Straßenunterhaltung und der Straßenbetrieb auch für Bundes- und Landesstraßen ganz bei den Landkreisen angesiedelt sei.

Thomas Maier führte weiter aus, dass mittlerweile große Unterschiede, bedingt durch die teilweise nicht nachvollziehbare Mittelverteilung und deren Einsatz beim Straßenunterhalt, unter den einzelnen Kommunen feststellbar sind.

Die am schwierigsten für den Bürger und Nutzer begreifbare Schnittstelle bestehe zwischen Erhaltung und Unterhaltung. Gerade für diesen Bereich bedürfte es daher einer grundlegenden Änderung.

Die Straßenbauer beim Land und bei den Kreisen wollen gute Arbeit ableisten. Dies gelingt ihnen nur teilweise, weil Schnittstellen falsch gesetzt sind. An sich einheitliche Arbeitsgebiete zerfallen daher in unterschiedliche Zuständigkeiten.

Die Landtagsabgeordneten Klaus Maier (SPD-Finanzsprecher) und Nikolaos Sakellariou (AK-Vorsitzender Innenpolitik), zeigten sich an der Thematik sehr interessiert. Thomas Maier bot die aktive Mithilfe der Fachleute aus der Straßenbauverwaltung der Fachgruppe GWS bei der Entscheidungsfindung an.

Er stellte abschließend fest, dass die Vorstellung, einen Landesbetrieb zu gründen, der die bisherigen Aufgaben der Straßenbauverwaltung wieder zusammenführt und unter einem Dach eine qualifizierte Fachverwaltung mit all ihren Aspekten vorhält, für Fachleute bestechend sei.

Thomas Maier, Fachgruppe GWS/Gewerkschaft BTBkomba